

Bitte im ORIGINAL zurücksenden an

**Stadt Delmenhorst
Stabsstelle Wirtschaft
Lange Straße 128
27749 Delmenhorst**

Eingangsstempel der Stadt Delmenhorst

**Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen gemäß der
Richtlinie zur Förderung von Unternehmen und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst**

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Kontaktdaten

Name des Unternehmens:	
Name, Vorname Inhaber/Geschäftsführer:	
Name/n, Vorname/n Gesellschafter:	
Straße, Hausnummer:	
Postleitzahl, Ort:	
Telefon:	
E-Mail-Adresse:	
Internetadresse:	
Name, Vorname Ansprechpartner: (falls abweichend vom Antragsteller, ggf. Vollmacht beifügen)	
Straße, Hausnummer:	
Postleitzahl, Ort:	
Telefon:	
E-Mail-Adresse:	

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Antragsformular das generische Maskulinum verwendet. Die Personenbezeichnungen beziehen sich ausdrücklich auf alle Geschlechter.

1.2 Steuer- und unternehmensrechtliche Verhältnisse

Gründungsdatum (tt.mm.jjjj):	
Rechtsform:	
Betriebsnummer:	
Steuernummer:	
Zuständiges Finanzamt:	
Wirtschaftszweig/Branche:	

Es handelt sich um eine rechtlich selbständige Betriebsstätte in der Stadt Delmenhorst.
Insofern dies nicht der Fall ist, ist das Unternehmen nicht förderfähig.



1.3 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

- Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stammanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer anderen öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlichen Stellen ist? **oder**
- Hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen? **oder**
- Erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten? **oder**
- Bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

nein ja

Insofern Sie „ja“ angekreuzt haben, füllen Sie bitte das KMU-Prüfschema aus.

1.4 Unternehmensklassifizierung

Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte (ohne Azubis) im Unternehmen	Jahresumsatz	Jahresbilanzsumme
<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> < 2 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> < 2 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> 2 - 9	<input type="checkbox"/> 2 - 10 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> 2 - 10 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> 10 – 49	<input type="checkbox"/> > 10 Mio. - 50 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> > 10 Mio. - 43 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> 50 – 249	<input type="checkbox"/> > 50 Mio. Euro	<input type="checkbox"/> > 43 Mio. Euro
<input type="checkbox"/> > 249		

Die Angaben beziehen sich auf den letzten durchgeführten Jahresabschluss. Bei neu gegründeten Unternehmen, die noch keinen Jahresabschluss vorlegen können, wird für das laufende Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt.

1.5 Unternehmen in Schwierigkeiten

- Das Unternehmen ist kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der EU-Definition (siehe Anlage)

1.6 Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensdarstellung

Bitte beachten Sie die „Hinweise zur Antragstellung“; ggf. gesondertes Blatt verwenden.

1.7 Straßengüterverkehr

Ist das Unternehmen im Straßengüterverkehr tätig? nein ja



2 Angaben zum Vorhaben

2.1 Ort, an dem die Investition getätigt bzw. die Maßnahme durchgeführt werden soll

Wenn abweichend von Ziff. 1.

PLZ	Straße, Hausnummer
-----	--------------------

2.2 Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in derselben Gemeinde?

- nein ja → Geben Sie bitte die Anschrift/-en der Betriebsstätte/-n und den Wirtschaftszweig
Ggf. gesondertes Blatt verwenden.

PLZ	Straße, Hausnummer
Wirtschaftszweig/Branche	

2.3 Art des Vorhabens

Investive Vorhaben

Im Anlagevermögen zu aktivieren.

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Errichtung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Neuerstellung einer Internetpräsenz |
| <input type="checkbox"/> Erweiterung einer Betriebsstätte | <input type="checkbox"/> Implementierung eines Onlineshops |

Nicht-investive Vorhaben

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Teilnahme an einer branchenspezifischen Messe im In- oder Ausland als Aussteller | <input type="checkbox"/> Erstellung/Durchführung von anlassbezogenen Marketingmaßnahmen |
| <input type="checkbox"/> Inanspruchnahme von Dienstleistungen externer Berater | <input type="checkbox"/> Erstmalige Anmietung von Gewerbeflächen in der Stadt Delmenhorst durch Existenzgründer |

2.4 Detaillierte Beschreibung und Begründung aller gewählter Vorhaben

Bitte beachten Sie die „Hinweise zur Antragstellung“; ggf. gesondertes Blatt verwenden.

2.5 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen

Werden in einem sachlichen und zeitlichen Zusammenhang zu dem in Ziff. 2.3 dieses Antrags bezeichneten Vorhaben in einer anderen, mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte, Arbeitsplätze abgebaut?

- nein ja



4 Kosten und Finanzierung

4.1 Nettokosten des Vorhabens in Euro

Investitionskosten für die Errichtung/Erweiterung:	
Investitionskosten für die Erstellung einer Internetpräsenz/eines Onlineshops:	
Kosten für Teilnahme an einer branchenspezifischen Messe im In- oder Ausland als Aussteller:	
Kosten für Inanspruchnahme von Dienstleistungen externer Berater:	
Kosten für Erstellung/Durchführung von anlassbezogenen Marketingmaßnahmen:	
Kosten für Erstmalige Anmietung von Gewerbeflächen in der Stadt Delmenhorst durch Existenzgründer:	
Gesamtkosten:	

Die Mindestkosten für Vorhaben gem. Pkt. 2.1 der Richtlinie betragen 5.000 € netto bzw. bei Nichtberechtigung zum Vorsteuerabzug 5.000 € brutto. Die Mindestkosten für Vorhaben gem. Pkt. 2.2 und 2.3 betragen 1.000 € netto bzw. 1.000 € brutto bei Nichtberechtigung zum Vorsteuerabzug.

4.2 Mein/Unser Unternehmen ist zum Vorsteuerabzug **berechtigt** **nicht berechtigt**

4.3 Finanzierung des Vorhabens in Euro

Beantragter Zuschuss:	
Eigenkapital:	
Bankdarlehen:	
Öffentliches Darlehen (Finanzierungsquelle: _____):	
Sonstiges (Finanzierungsquelle: _____):	
Gesamtfinanzierung:	

Die Förderung beträgt bei arbeitsplatzbezogenen Vorhaben max. 5.000 € pro neu geschaffenem Dauerarbeitsplatz bzw. max. 10.000 € bei Branchen gem. 4.1 der Richtlinie. Die Höchstfördersumme beträgt 50 % der förderfähigen Investitionskosten bzw. max. 35.000 €. Bei allen anderen Vorhaben beträgt die Förderung 50 % der (Investitions)Kosten, max. 2.500 € pro Vorhaben bzw. bei der Anmietung von Gewerbeflächen max. 4.500 €.

4.4 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Der Zeitraum ist auf 24 Monate begrenzt.

Vorhabenbeginn
(tt.mm.jjjj): _____

Vorhabenende
(tt.mm.jjjj): _____

5 Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte Beihilfen oder De-minimis-Beihilfen

Das auf S. 1 genannte Unternehmen hat im laufenden und in den vergangenen zwei Kalenderjahren keine /folgende Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24. Dezember 2013, erhalten/beantragt. Ggf. gesondertes Blatt verwenden.

Bewilligung/Antrag vom	Beihilfegeber	Aktenzeichen	De-minimis-Beihilfe	Beihilfewert in €

6. Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular

1.3 Sofern das Unternehmen zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen der Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben. Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die auf Seite 7 aufgeführte Erklärung abzugeben.

1.4 Maßgeblich ist die Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

3. Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandenen und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben, sodann die Zahl der in diesen Betriebsstätten nach Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten bzw. zu besetzenden Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen. Teilzeitarbeitsplätze werden wie folgt berücksichtigt: Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der wöchentlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt (Vollzeitäquivalent).

4.1/4.3 Die Beträge sind in Euro auszuweisen. Gegebenenfalls sind hier Planzahlen einzusetzen. Unvorhergesehene Kosten/Kostenerhöhungen sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der antragsannahmenden Stelle bekannt zu geben. Zur Ermittlung der förderfähigen Kosten des Investitionsvorhabens bzw. der Maßnahme sind ggf. sämtliche Einzelpositionen der Ziff. 4.1/4.3 betragsmäßig auszuweisen.

4.4 Änderungen am Durchführungszeitraum (Verkürzung oder Verlängerung) sind unverzüglich nach Bekanntwerden der antragsannahmenden Stelle bekannt zu geben.

5. Änderungen über die hier gemachten Angaben sind unverzüglich bekannt zu machen, sofern sie vor der Zusage für die hier beantragten Mittel bekannt werden.

7. Erklärungen und Einwilligungen

1. Ich/Wir erkläre/n, mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Abgabe des Antrags bei der zuständigen Bewilligungsbehörde bzw. vor Durchführungsbeginn zu beginnen. Mir/Uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs-, Leistungs- oder Mietvertrages verstanden wird. Mir/Uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.

2. Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bekannt gemacht worden, dass die in den folgenden Ziffern anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist: Ziff. 1.1 bis 1.7, 2.1, 2.2, 2.4, 3.1, 4.4, 5.

Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

3. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde/n ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen.

4. Hiermit erkläre/n ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes oder Bundes beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausnahmen siehe Ziff. 5). Ich/wir habe/haben das Kumulierungsverbots gem. der Richtlinie zur Förderung von Unternehmen und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst zur Kenntnis genommen.

5. Ich/Wir haben die Richtlinie zur Förderung von Unternehmen und Existenzgründern in der Stadt Delmenhorst sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) zur Kenntnis genommen. Mir/uns ist bekannt, dass die ANBest-P Bestandteil eines eventuellen Zuwendungsbescheides werden, daher werden sie ab sofort berücksichtigt.

6. Die Bewilligungsstelle kann weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Vorhabens erforderlich ist.

7. Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der Bewilligungsstelle, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere we-

gen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurde. Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache. Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig, während des Durchführungszeitraumes, ergehende Rückforderungsentscheidungen.

8. Ich/wir erklären, dass Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen vergeben werden. Soweit möglich, werden hierzu mindestens drei Angebote eingeholt. Ich beachte hierzu auch Ziff. 3 der ANBest-P.

9. Ich/wir nehmen zur Kenntnis, dass im Rahmen der Mitteilungsverordnung Förderungen ab einem Betrag von 3.000 €, welche nicht zweifelsfrei auf das Geschäftskonto des Antragstellers erfolgen, an das Finanzamt gemeldet werden müssen.

Ort, Datum

Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft, Organschaftsverhältnis

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Erklärung zu den Beteiligungsverhältnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ich/Wir gehe/n aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in den Ziff. 1.2, 1.3, 1.4 und 1.5 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf die in den Ziff. 1.2, 1.3, 1.4 und 1.5 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Stand: Januar 2026

